

Die Aufteilung der westlichen Welt



Die ethnische Zersplitterung der westlichen Welt wird auch zu territorialer Zersplitterung führen. Die derzeit in allen westlichen Ländern amtlich angesiedelten „Gastarbeiter/ Einwanderer“ werden in den Zielländern mittelfristig eigene Staaten gründen und diese eigenen Territorien politisch an ihre ursprünglichen Mutterländer anbinden. Im Gegenzug werden die Mutterländer diese Staaten finanziell und militärisch unterstützen. Ein Überblick über die zukünftige Staatenbildung in Westeuropa, Nordamerika und Australien.

(Von W. Schmidt)

Die Einwanderungspolitik wird bei einer Fortführung ihrer derzeitigen Radikalität unweigerlich zu einem ethno-nationalen Strukturwandel der westlichen Welt führen. Andere ethnische Gruppen/ Nationen werden regionale Mehrheiten erlangen und diese Mehrheiten mit national-politischen Forderungen verbinden. Am Ende dieser Forderungen werden eigene Staaten stehen, die sich an den Interessen ihrer nationalen Mutterländer orientieren. Der oft zitierte politische Hochverrat der politischen Klasse ergibt sich also nicht nur aus der ethno-nationalen Zersiedelung an sich, sondern der damit letztendlich verbundenen territorialen Zerschlagung des eigenen Landes und der Förderung einer kolonialpolitischen Einflussnahme ausländischer Staaten.

Westeuropa

In Westeuropa lassen sich heute bereits fünf Gebiete erkennen, die sich in absehbarer Zeit zu Regionen entwickeln werden, in denen die einheimische europäische Urbevölkerung infolge der staatlichen „Einwanderungspolitik“ weiträumig in die Minderheit gedrängt sein wird:

- In Frankreich der mediterrane Süden sowie die Industrieregion im Nordosten (Marne, Moselle, Lothringen), beides Gebiete mit einer schnell wachsenden arabischen Population,
- in Großbritannien die Industrieregion von Mittelengland (Leeds, Liverpool, Birmingham) mit ihrer arabisch-pakistanisch-bengalesischen Bevölkerung,
- in den Niederlanden der gesamte Süden um Rotterdam, ein längst arabisiertes Gebiet, das sich bis nach Belgien hinein erstreckt (Antwerpen/ Brüssel),
- in Deutschland das Ruhrgebiet und Teile des mittleren Rheinlands bis nach Mannheim und Ludwigshafen mit seiner immer stärker türkisch geprägten, massiv Türkei-loyalen Bevölkerung.

Arabische Autonomieforderungen in Frankreich wurden bereits im Rahmen der ersten großen ethnischen Ausschreitungen 2005 laut, in wenigen Jahren wird man sie kaum noch überhören können. Will die französische Regierung den inneren „Frieden“ im Land erhalten, wird sie diesen Forderungen eines Tages nachgeben müssen und über den üblichen Zwischenschritt der Autonomie den Prozess einer Staatenbildung in Gang setzen. In Südfrankreich kann man sich Marseille bereits heute recht gut als eine künftig ethnopolitisch unabhängige Stadt vorstellen, ähnlich der Situation Danzigs in der Zwischenkriegszeit. Im französischen Nordosten wird entlang der deutschen Grenze ein stark arabisch-islamisch geprägter Staat entstehen, der seine ethnisch französische Minderheit Zug um Zug reduzieren wird. Nach vergleichbarem Muster wird die Entwicklung in den

arabischen Gebieten Flanderns und Hollands verlaufen: ob flankiert durch offene Gewalt oder nur durch offene Drohungen mit Gewalt, wird kaum mehr als eine taktische Detailfrage darstellen. Diese arabischen Staatsgebilde im heutigen Frankreich und Flandern-Holland werden sich außenpolitisch stark an Nordafrika und die arabische Halbinsel anlehnen. Saudi-Arabien und die Golfstaaten werden umfangreiche finanzielle und militärische Aufbauhilfe leisten. Mitten in Europa wird ein außenpolitischer Keil der arabischen Welt entstanden sein.

Der weitere Verlauf der Entwicklung in England wird abhängig sein von der künftigen innenpolitischen Situation in Pakistan und Bangladesch. Bleiben beide Länder geopolitisch eher einflusslos, wird den in England angesiedelten mohammedanischen Südasiaten auch künftig der außenpolitische Rückhalt durch eigene Mutterländer fehlen. Ein unabhängiger islamischer Staat in Mittelengland wäre daher angesichts der wachsenden islamischen Population und dem unverkennbar offensiven Konfrontationskurs der islamischen Politführung gegenüber dem englischen Staat durchaus erreichbar, wäre aber ohne wirksames Drohpotenzial aus Südasien ein von England stark abhängiges Gebilde. Anders sähe die Lage aus, wenn sich in Pakistan die Taliban durchsetzen. Eine radikal-islamische Nuklearmacht Pakistan würde sofort die Rolle einer atomaren Schutzmacht eines islamischen Staates in Großbritannien übernehmen, ein Szenario, das für den verbleibenden Rest Englands nichts Gutes verheißt.

In Deutschland wird ein eigener Gastarbeiterstaat immer unter türkischen Vorzeichen entstehen. Städte wie Dortmund, Gelsenkirchen und Köln werden innerhalb der nächsten Generation stark türkisiert werden, insbesondere nach Einführung der sich abzeichnenden Visafreiheit. Die Forderung nach politischer Unabhängigkeit von erkennbar türkisch geprägten Regionen in NRW wird bereits heute in türkischen Internetforen erhoben und in den nächsten Jahren bis in die

hohe Politik durchsickern. Es besteht nicht der geringste Zweifel, dass die Bundesregierung diesen Forderungen nachgeben wird, nicht zuletzt da auch die Bundesregierung in den kommenden Jahren sehr viel stärker türkisch geprägt sein wird als bisher. Im Ergebnis werden unsere Enkel mit einem von Ankara gesteuerten türkischen Kolonialstaat auf ehemals deutschem Territorium leben müssen, offen bleibt nur die Frage, wo seine Grenzen im Detail verlaufen und wie weit er sich nach Süden erstrecken wird (Stichwort Mannheim/Ludwigshafen). Finanziell und militärisch von der Türkei unterstützt, wird dieses Gebilde sehr schnell eine nationale Eigendynamik entfalten. Ob dieser Staat gegenüber dem verbleibenden Deutschland langfristig friedliche oder feindselige Absichten hat und wie er mit den sich abzeichnenden arabischen Staatsstrukturen in Frankreich/Belgien/Holland zusammenwirken wird, ob man z.B. mit oder ohne Gewalt versuchen wird, Landbrücken zu schließen, die der Bildung eines großen zusammenhängenden turko-arabischen Gebiets in Mitteleuropa entgegenstehen – das wird die Zukunft zeigen.

Nordamerika

Nach jahrzehntelanger bereitwilliger Duldung illegaler Masseneinwanderung aus Mittelamerika sind die USA inzwischen zu einem faktisch geteilten Land geworden. Von Miami bis Los Angeles zieht sich die spanisch-englische Sprachgrenze, die sich in den nächsten Jahren verfestigen wird. Mexikanische Nationalisten unter den Einwanderern erheben bereits heute territoriale Ansprüche auf Teile des ehemals mexikanischen Südens der USA, einschließlich des ölreichen Texas – eine Entwicklung, die in Mexiko mit großem Wohlwollen beobachtet wird. Langfristig werden sich diese beiden politischen Trends – zunehmender hispanischer Nationalismus und bereitwillige Flankierung durch Mexiko – verstärken, da von einer entschlossenen Eindämmung der hispanischen Einwanderung aufgrund der innenpolitischen Machtverteilung in den USA auf

absehbare Zeit nicht auszugehen ist.

Der wachsende mexikanische und pan-hispanische Nationalismus in den USA wird seinen Weg auch in eine politische Massenbewegung finden, die mit separatistischen Forderungen die Regierung in Washington unter Druck setzen wird. Diese Bewegung wird in den USA mit Sicherheit durch die Partei der Demokraten und ein ganzes Heer von Künstlern, Aktivisten und Medienvertretern Unterstützung finden, d.h. sie ist nicht nur vorstellbar, sondern besitzt auch eine gewisse Erfolgswahrscheinlichkeit. Die USA werden ihren Süden schrittweise verlieren: Sie werden ihre politischen und institutionellen Zugeständnisse an den hispanischen Nationalismus sukzessiv erweitern, den ethnischen Graben fortwährend vertiefen und so die faktische Teilung des Landes nach und nach zementieren. Ob und auf welche Weise es im letzten Schritt dann zu einer formalen Separation kommen wird, hängt nicht zuletzt auch vom künftigen Zustand der bis an die Zähne bewaffneten US-amerikanischen Armee ab. Diese Armee kann sicher sehr schlagkräftig gegen einen gemeinsamen äußeren Feind agieren. Ob aber hispanische Soldaten der amerikanischen Armee jemals auf hispanische Aufständische in Texas, die einen Anschluss an Mexiko fordern, oder gar mexikanische Panzer schießen werden, die den Aufständischen zur „Hilfe“ kommen – darauf sollte man im Pentagon keine Wetten abschließen.

Australien

Die ethnische Struktur Australiens wird sich in den nächsten Jahren erheblich zugunsten der asiatischen Bevölkerung verschieben. Schon heute sind die europäischen „weißen“ Australier im Straßenbild von Sidney, Melbourne und Perth eindeutig in der Minderheit. Die wachsende asiatische Bevölkerung Australiens besteht allerdings entgegen der landläufigen Meinung nicht nur aus Chinesen. Japaner, Koreaner und Indonesier stellen große eigene Bevölkerungssegmente. Die Einwanderung nach Australien vollzieht sich also ethnisch deutlich heterogener als beispielsweise die fast

ausschließlich arabische Einwanderung in Frankreich oder die türkisch dominierte Einwanderung im Rheinland. Diese ethnische Vielfalt der Immigration macht es einzelnen äußeren Staaten (China wird in Australien gern genannt) schwerer als in Europa, nationale kolonialpolitische Interessen durchzusetzen.

Ein weiterer Mitspieler um die Zukunft Australiens ist Indonesien. Schon heute herrscht zwischen diesem islamischen Land mit bald 300 Millionen Einwohnern und dem benachbarten Australien (22 Millionen Einwohner) eine gespannte Ruhe. Gleichzeitig stärkt die australische Regierung die indonesische Machtposition innerhalb Australiens seit Jahren durch Massenansiedlung von pro-indonesischen Mohammedanern. Sie wird dies ohne Frage auch trotz ihrer Lippenbekenntnisse zur Erschwerung der Einwanderung weiterhin tun. Eine Hoffnung für die europäischen Australier ist kurioserweise China: China hat in Australien eigene Ambitionen und an einem islamisch geprägten, innenpolitisch durch Indonesien beeinflussbaren Australien kein Interesse. Auf lange Sicht wird die mächtige chinesische Lobby in Australien daher eine Eindämmung der mohammedanischen Einwanderung politisch unterstützen.

Wie auch immer das komplexe Zusammenwirken zwischen der durch die australische Regierung betriebenen Ansiedlung fremder Nationen und den Mutterländern dieser fremden Nationen ausgehen wird: Die höchst attraktive, Begehrlichkeiten weckende Mischung aus unerschöpflichen Bodenschätzen, mangelnder atomarer Abschreckung und extrem dünner Besiedlung regt mit Sicherheit bereits heute die Phantasie militärischer Strategen an. Insbesondere das rohstoffreiche und militärisch weitgehend ungeschützte Westaustralien mit der geographisch völlig isolierten Stadt Perth fordert militärtaktische Planspiele geradezu heraus. Ein potenzieller Angreifer aus dem asiatischen Raum bräuchte im Grunde nur zu warten, bis die australische Armee ethnisch so asiatisch geworden ist, dass keine wirksame Verteidigung dieses riesigen, aber menschenarmen Kontinents gegen einen asiatischen Gegner mehr

möglich ist. Nirgendwo sonst auf der Welt wurden durch die staatliche Einwanderungspolitik so große Anreize für einen Angriffskrieg geschaffen wie in Australien.